

Michael Zander

Über die Einübung politischer Praxis

1.

Indem die Individuen durch politische Organisation die Grenzen vereinzelten Handelns überschreiten, wird es ihnen prinzipiell möglich, sich gegen Fremdbestimmtheit zu wehren und Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen zu erreichen. Dies ist vor allem von marxistischer Seite immer wieder betont worden. Weniger wurde, soweit ich sehe, die Frage diskutiert, welche Probleme die Individuen in solchen kooperativen Zusammenschlüssen unter den gegebenen Verhältnissen zu bewältigen haben.

Die Aktualität dieser Frage liegt auf der Hand. Nach wie vor organisieren sich Menschen zu emanzipatorischen Zwecken: sie führen Demonstrationen und Streiks gegen Lohnraub und Sozialabbau durch, sie ergreifen Maßnahmen gegen Verelendung und Obdachlosigkeit, sie protestieren gegen eine rassistische und brutale Flüchtlingspolitik, sie engagieren sich für den Erhalt und Ausbau gesellschaftlicher Bildungsmöglichkeiten usw. Allerdings sind die Erfolge dieser Initiativen begrenzt geblieben. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sind wirksame kooperative Zusammenschlüsse, die eine fortschrittliche und radikale Gesellschaftsveränderung hätten herbeiführen können, nicht entstanden.

Die politische Arbeit der Linken besteht, so der erste Eindruck, aus einer Fülle organisatorischer Tätigkeiten: Es werden Flugblätter und Zeitungen erstellt und verbreitet, Versammlungen und Diskussionsveranstaltungen organisiert, Info-Stände auf der Straße und Demonstrationen angemeldet usw. Politisch tätig zu sein bedeutet dabei zweierlei: einerseits arbeitet man in der Organisation selbst; d.h. man stimmt sich mit den GenossInnen ab, eignet sich theoretisches Wissen an, beschäftigt sich mit inhaltlichen Problemen oder bezieht Position zu Fragen von Strategie und Taktik der Organisation; andererseits versucht man, nach außen zu wirken, d.h. in erster Linie, Leute für seine Politik bzw. zur Mitarbeit zu gewinnen. In der allmählich geübten Routine dieser Arbeit bilden sich m.E. typische Muster und Techniken heraus, deren Problematik ich im folgenden darzustellen versuche.

2.

Um zu veranschaulichen, worin eigentlich die Alltagsroutinen politischer Arbeit bestehen, will ich auf den Bericht von Lange (1990) über die Arbeit bei amnesty international eingehen. Lange bezeichnet amnesty als eine „Grundschule für politische Praxis“.

„Ai-Mitglieder lernen in den Gruppen, wie man eine Presseerklärung formuliert oder eine Pressekonferenz veranstaltet. Sie erarbeiten sich, wie man eine Mahnwache vor einem Konsulat bei den Behörden anmeldet... Sie planen Podiumsdiskussionen, Lesungen und Konzerte und bekommen dabei mit, wie wichtig das Timing von Plakatwerbung und Presseankündigungen ist. Sie sprechen ihre Bundestagsabgeordneten, ihren Bürgermeister und andere lokale Größen an, um sie zum Engagement für politische Häftlinge zu bewegen. Mit einem Wort: In den ai-Gruppen werden Grundformen politischer Praxis eingeübt“ (S.299). Diese Einübung, so Lange, wirke auch nach innen. „Schlüssiges Argumentieren und Überzeugen, (...) das ‘Management’ der Gruppenarbeit, der Umgang mit Satzung und Geschäftsordnung, das alles sind Fähigkeiten, die auch für die innere Entwicklung von ai notwendig sind“ (ebd.). Amnesty leiste keinen Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse, setze sich aber für Menschen ein, die aufgrund „ihrer politischen, religiösen oder anderen geistigen Überzeugung, aufgrund ihrer ethnischen Abstammung, ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe oder ihrer Sprache“ (S.296) inhaftiert sind, vorausgesetzt, daß diese Menschen „weder Gewalt angewandt noch dazu aufgerufen haben“ (ebd.). Für viele Mitglieder stehe am Anfang ihrer Tätigkeit ein „karitativer Impuls“, einzelnen Inhaftierten zu helfen. Bald werde vielen dieser Mitglieder allerdings klar, daß das nicht reiche, und sie fingen an, sich z.B. durch Artikel aus Zeitungen oder Fachzeitschriften näher über das betreffende Land und die dortigen politischen und sozialen Verhältnisse zu informieren. Im Laufe der Zeit gerieten viele an die Frage nach den tieferen Ursachen von Menschenrechtsverletzungen. Irgendwann genüge dann diesen Mitgliedern der amnesty-Ansatz nicht mehr. „Sie wollen politische und soziale Auseinandersetzungen nicht mehr nur überwachen, um Machtmißbrauch der Herrschenden einzudämmen. Sie wollen selbst (...) in politische Prozesse eingreifen und engagieren sich in Umweltschutzgruppen, entwicklungspolitischen Vereinigungen oder anderen Gruppen (...), die (...) den Vorteil haben, die eigenen Lebensinteressen einzubeziehen. (...) Amnesty wirkt also wie ein ‘Durchlauferhitzer’ auf dem Weg von persönlicher Betroffenheit zu entschieden politischem Engagement“ (S.300). Hinzuzufügen bleibt noch, daß man aus den Erfolgen der politischen Arbeit einen unmittelbaren persönlichen Gewinn ziehen kann. Allein indem man sich um sozialen Fortschritt bemüht, schafft man eine unter diesen Verhältnissen ungewöhnliche Situation. Man tritt gemeinsam mit anderen für verallgemeinerbare Interessen ein, d.h. man muß dabei weder nur kleinlich auf seinen eigenen Vorteil achten, noch seine eigenen Bedürfnisse und Interessen verleugnen; die Trennlinie zwischen privatem und öffentlichem Dasein wird unscharf. Man fügt sich nicht mehr, sondern widersetzt sich den Zumutungen von Wirtschaft und Staat oder wehrt sich gegen die subtilen Zwänge und Beschränktheiten bürgerlicher Lebensformen.

Manche Autoren - so z.B. Kruse (1984) - haben Menschen, die solche Lernprozesse vollziehen oder vollzogen haben, als „kämpferische Persönlichkeiten“ bezeichnet. Es ist fraglich, ob eine solche Etikettierung hilfreich ist. Mit der „kämpferischen Persönlichkeit“ wird ein abstraktes Vorbild oder Ideal aufgestellt, wie man als politisch Tätige/r zu werden oder zu sein hat. Langes Bericht über amnesty macht aber deutlich, daß die Lernprozesse prinzipiell offen sind. Die Menschen lernen nicht, weil sie sich bemühen, einem bestimmten Ideal gleich zu werden (etwa dem des „perfekten ai-Mitglieds“), sondern weil sie konkrete Probleme, die in ihrer Arbeit auftauchen, bewältigen wollen.

Man mag den „karitativen“ Ansatz von amnesty inhaltlich (wahrscheinlich zu Recht) als unzureichend kritisieren. Solche Kritik ist auch notwendig, vor allem damit die Einübung politischer Praxis nicht zu deren Erstarrung führt. Nur sollte man darüber nicht vergessen, daß dieser Ansatz vielen Leuten, die sich vielleicht später noch radikalisieren, überhaupt erst den Zugang zur Politik ermöglicht hat.

Ein wesentliches Konfliktpotential innerhalb politischer Organisationen stellen die Spannungen zwischen neuen und älteren Mitgliedern dar. Über amnesty berichtet Lange, es herrsche hier oft ein Gefälle an Wissen und Erfahrungen zwischen langjährigen und neuen Mitgliedern. Der Eindruck, daß es besserwisserische „Platzhirsche“ gebe, vertreibe viele Neue aus der Gruppe. Frust entstehe dabei auf beiden Seiten. Die Neuen problematisierten und hinterfragten bestimmte Arbeitsweisen und Aktionsformen, sowie das Selbstverständnis von ai; sie machten sich dabei aber - zum Ärger der älteren Mitglieder - oft nicht klar, daß viele ihrer Ideen und Einwände nicht wirklich neu seien; sie übersähen, daß die jetzigen Routinen das Ergebnis eines mühsamen Lernprozesses mit vielen Fehlschlägen und schlechten Erfahrungen seien. Dieser Streit könne, so Lange, produktiv sein, wenn die Mitglieder mehr aufeinander eingingen und mehr Verständnis für die sozialen Prozesse in der Gruppe aufbrächten. Anzumerken bleibt, daß alle Politik-Ansätze ihre Grenzen haben. Solange man die Entwicklung politischer Theorie und Praxis nicht blockieren will, bleiben also Auseinandersetzungen und Diskussionen, welche die Arbeitsroutinen stören, unvermeidlich.

Es gibt andere Organisationsansätze, die den Konflikt zwischen neuen und alten Mitgliedern abzumildern versuchen. Da die neuen Mitglieder oft zugleich auch die jüngeren sind, versucht z.B. eine Partei (oder eine Gewerkschaft), die beschriebenen Konflikte durch eine vorgeschaltete Jugendstruktur abzufangen. Die Effekte dieser Vorgehensweise sind durchaus zweischneidig. Einerseits wird dadurch die Routine, die für eine kontinuierliche und effektive Arbeit erforderlich ist, nicht gestört; die neuen Mitglieder, die Jugendlichen diskutieren unter sich. Aber andererseits schützt man dieselbe Routine vor Kritik und leistet damit der Erstarrung der politischen Praxis Vorschub. Nicht nur die übliche Trennung zwischen den Generationen wird zementiert. Die schlimme Kon-

sequenz einer solchen Erstarrung ist, daß Einfluß in der „eigentlichen“ Organisation tendenziell nur noch jene gewinnen können, die sich an die in der Jugendorganisation zu übenden ungeschriebenen „Spielregeln“ halten.

Sicherlich muß man anerkennen, daß es zwischen Mitgliedern Unterschiede an Wissen, Fähigkeiten und Interessen gibt. Es hat sich in verschiedenen Organisationen bewährt, wenn die Leute, die aufgrund ihrer Gemeinsamkeiten zusammen arbeiten wollen, eigenverantwortliche Arbeitskreise bilden. Man schafft sich so einen Raum, der den persönlichen Bedürfnissen angemessene Arbeitsbedingungen sicherstellt. Gleichzeitig verliert man den Kontakt zu den anderen Mitgliedern nicht, da die Klärung übergeordneter Fragen, die nicht von den spezialisierten Arbeitskreisen behandelt werden, weiter auf der Ebene der gesamten Organisation stattfindet.

3.

Zur problematischen Seite der Einübung politischer Praxis gehört m.E. die Herausbildung einer „political correctness“. Bekanntlich versteht man unter „political correctness“ ein Handeln, das nicht gegen bestimmte (ungeschriebene) „linke“ Normen verstößt (beispielsweise bemüht man sich, keine rassistisch oder sexistisch gefärbte Sprache zu benutzen). Nicht dieses Handeln selbst ist in erster Linie problematisch, wohl aber die Art und Weise, wie es zustande kommt oder reguliert wird.

Sobald nicht mehr die Parteilichkeit für verallgemeinerbare Interessen das eigene Handeln maßgebend bestimmt, sondern das Einhalten abstrakter Normen, nimmt man sich die Möglichkeit, diese Normen selbst wieder auf ihre Problematik und Ideologiehaltigkeit hin zu befragen. Gerade aber in der politischen Arbeit ist das notwendig; es ist außerdem zu bedenken, daß es zahllose Denk- und Verhaltensweisen sind, die zwar subjektiv ehrlich und „politisch korrekt“ gemeint sind, die aber tatsächlich doch auf Kosten der Betroffenen gehen (so z.B. die rein formale Gleichbehandlung der BewohnerInnen von „Flüchtlingswohnheimen“, vgl. Osterkamp 1990, z.B. S.154ff). Bewältigungsweisen oder Argumentationen, die sich auf starre, „korrekte“ Normen gründen, sind stets unsicher und daher leicht angreifbar.

Die Orientierung an solchen Normen ist m.E. ein Versuch, das Handeln zu vereinfachen; weil man komplexe politische Auseinandersetzungen als einzelne/r oft kaum noch überblicken kann, neigt man dazu, um Fehler zu vermeiden, diese Unsicherheit durch besondere „Korrektheit“ zu kompensieren. Vielleicht erreicht man auf diese Weise, sich keine Blöße zu geben. Aber gerade die eigenen Schwächen, zu denen man sich und anderen quasi den Zugang versperrt, könnten ein wertvoller Hinweis auf problematische Denk- und Bewältigungsweisen sein. Man fürchtet, bei „Unkorrektheiten“ ertappt und darum sanktioniert zu werden. Diese Befürchtung ist nicht von vorn herein von der Hand zu

weisen. Ob sie berechtigt ist oder nicht, hängt von den politischen Zusammenhängen ab, in denen man arbeitet. Was das Einhalten abstrakter Normen aber vor allem so defensiv macht, ist der Umstand, daß es i.d.R. als anstößig gilt, sich ernstlich auf die Argumentationen und Denkweisen des politischen Gegners einzulassen; aber gerade auch vom politischen Gegner kann man fast immer etwas lernen, und sei es nur dadurch, daß man die eigene Position an seinen Argumenten ausdifferenziert und schärft.

4.

Über die Ungerechtigkeit, Brutalität und Beschränktheit der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse empört zu sein und Bescheid zu wissen, ist eine Sache - sich zu organisieren und bewußt zu kämpfen gegen diese Verhältnisse, eine andere. Um zu verstehen, warum viele nur zögernd diesen Schritt tun, nämlich aktiv (sozialistische) Politik zu betreiben, mag es nützlich sein, sich seiner eigenen Zweifel und Enttäuschungen zu erinnern. Die Kraft und die Zeit, die man für i.d.R. unbezahlte politische Arbeit verwendet, ist knapp und kostbar; man hätte sie auch anders, vielleicht angenehmer nutzen können. Umso schlimmer sind da langweilige Versammlungen, ineffektive Aktionen oder aufreibende Diskussionen mit den Genossinnen und Genossen. Die politische Arbeit entwickelt oft ein merkwürdiges Eigenleben, sie wächst über den Kopf. Entweder man muß plötzlich mehr Zeit für sie aufwenden, als man eigentlich vorgesehen hatte oder man muß das ständige Drängen anderer abwehren, man möge doch noch diese oder jene Aufgabe übernehmen. Notgedrungen läßt man sich gegenüber anderen vielleicht sogar Ausreden einfallen, warum man zu dieser Veranstaltung nicht kommen oder Flugblätter an jenem Termin nicht verteilen kann. Immer wieder macht man die Erfahrung, daß die Planungen der politischen Aktivitäten von immer kleineren engagierten Gruppe innerhalb der Gesamtorganisation übernommen werden. Dieser „aktive Kern“ steht dann wieder vor der Schwierigkeit, andere Mitglieder, die sich passiv oder widerständig zeigen, zur Arbeit zu bewegen. Häufig wird betont, wie wichtig es sei, daß für diese oder jene Aufgabe sich jemand finde. Oder man gibt vor, jemanden wegen seiner Kompetenz zu schätzen und ihm deswegen wichtige Angelegenheiten zu übertragen, während man insgeheim nur etwas Unangenehmes delegieren will. Teilweise kommt es sogar vor, daß in linken Organisationen das Problem der Verteilung der Aufgaben schlicht dadurch „gelöst“ wird, daß „die Genossen das Recht haben, einen zur Arbeit heranzuziehen“ (Eisinger 1976, 215). Sicher dürfen die Notwendigkeiten der Arbeit, die durch das rasche Agieren des politischen Gegners entstehen, nicht vernachlässigt werden. Soll aber die jeweils eigene Tätigkeit langfristig abgesichert werden, so muß man zunächst klären, wer wieviele und welche Aufgaben übernehmen will. Ei-

ne solche Klärung kann vielleicht verhindern, daß man voreilig Pläne darüber aufstellt, was an „Politikfeldern“ alles abgedeckt werden muß.

5.

Nicht nur bei der Tätigkeit in der eigenen Organisation verfällt man, um Schwierigkeiten zu „managen“, schnell auf fragwürdige Schemata. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit schleifen sich schnell bestimmte „Rezepte“ ein, mit denen man andere für die eigene Politik interessieren will. Zu Recht betonen gerade sozialistische Gruppen die Notwendigkeit, daß die Bevölkerung sich in ihren Angelegenheiten selbst vertritt, statt dies an die bürgerlichen Parteien zu delegieren. Auch aus diesem Grund liegt der Hauptakzent sozialistischer Öffentlichkeitsarbeit darauf, möglichst viele Leute zur Mitarbeit zu gewinnen. Wenn sich dabei allerdings bestimmte „Techniken“ eingebürgert haben, von denen man glaubt, daß sie bei anderen „wirken“, so scheint das ein Hinweis darauf zu sein, daß man die Angesprochenen nicht wirklich ernst nimmt.

Eine gängige Technik, um Sympathie bei der Bevölkerung zu wecken, besteht darin, sich den sog. „alltäglichen Dingen“ zuzuwenden. Hier beschäftigen Engagierte sich mit tagespolitischer Kleinarbeit, die allerdings mitunter nur Mittel zum Zweck ist. Man stellt sich vor, man könne auf diese Weise mit den Angesprochenen „vom Kampf um eine billige Müllabfuhr zum Kampf um die Macht und von der Sympathie für die Feste der Partei zur Sympathie für den Sozialismus kommen“ (Werner 1989, 160). Zwar gewinnt man i.d.R. bei Leuten Vertrauen, indem man Kompetenz und Entschlossenheit in tagespolitischen Fragen beweist. Aber die Hoffnung, die Menschen würden deshalb andere (nämlich marxistische) gesellschaftstheoretische Vorstellungen übernehmen, hat sich als falsch erwiesen. Mehr noch: Durch solch eine taktische Umgangsweise zeigt man anderen mehr oder weniger auch, daß man ihre gesellschaftstheoretischen und philosophischen Vorstellungen nicht ernst nimmt und auf eine Auseinandersetzung (vorerst) verzichtet. Man hält den anderen gegenüber sein eigentliches, sehr grundsätzliches politisches Anliegen aus taktischen Gründen quasi noch in der Hinterhand. Was als Annäherungsversuch gemeint war, nämlich z.B. der „Kampf um eine billige Müllabfuhr“, kann sich als (erste) Ursache von Mißtrauen erweisen. Man darf annehmen, daß diejenigen, die man gewinnen will, das taktische Vorgehen mindestens erahnen. Wenn man also davon ausgeht, daß man sich in der „Tagespolitik“ mit speziell sozialistischen Positionen zurückhalten müsse, da die Bevölkerung noch nicht reif dafür sei, so kann das nur zweierlei bedeuten: entweder man versucht diejenigen, die man gewinnen will, im oben beschriebenen Sinne zu täuschen oder man gibt die sozialistischen Positionen selbst auf und paßt sich den Verhältnissen an. Die Versuchung zu einer solchen Anpassung ist insbesondere dort groß, wo man (parlamentarisch) wählbar ist und auf kurzfristige und allgemeine Zustimmung angewiesen zu sein glaubt.

In der (linken) politischen Jugendarbeit gibt es ähnliche Versuche, die Angesprochenen dadurch zu gewinnen, daß man sich (zunächst) auf ihre unmittelbare Lebenswelt bezieht oder das zumindest vorgibt. Politische Veranstaltungen werden „jugendgerecht“ aufbereitet, und auf dem Programm stehen dann z.B. (mehr oder weniger bekannte) Rockbands etc. Was die „zeitgemäße Verpackung“ leisten soll, liegt auf der Hand: Die Rockbands sind in erster Linie nicht dazu da, um Musik zu spielen, sondern sie sind ein Mittel, um die Jugendlichen „anzulocken“. Sofern der politische Anspruch noch vorhanden ist, geht es darum, vermeintlich unpolitische Jugendliche zu ködern, um dann auf Umwegen zur politischen Arbeit zu kommen. Hierdurch entsteht ein Bruch zwischen Organisierern, die wissen, was das Ganze soll, und Organisierten, denen erst nach einem guten Konzert die wirklichen Gründe der Veranstalter enthüllt werden. Die Rechnung einer solchen List geht selten auf. Die Angesprochenen genießen, was ihnen geboten wird - Rockkonzerte, Zeltlager, Volksfeste o.ä. -, zur politischen Arbeit motiviert das aber nicht.

Eine weitere Technik, die Leute mobilisieren soll, besteht darin, den Angesprochenen durch die besonders drastische Darstellung eines Problems - z.B. der Kriegsgefahr - „aufzurütteln“. Diese Zuspitzung soll also nicht nur der Information dienen, sondern vor allem auch an das Gewissen der Angesprochenen appellieren. Hilgers (1990) schildert ein Beispiel aus der Öffentlichkeitsarbeit der Friedensbewegung: „Durch das Zeigen von Horrordias von verbrannten Opfern aus Hiroshima (...) bemühte man sich, Sympathien zu finden und wunderte sich über das Ausbleiben der Zuhörerschaft bei der folgenden Veranstaltung“ (S.271). Es habe, so Hilgers, an positiven Bildern gefehlt, die eine eigene Identität jenseits der abschreckenden Warnungen hätten erkennen lassen können. Aber nicht die Bilder selbst sind m.E. das Problem - sie zeigen ein Stück trauriger und empörender Wirklichkeit -, sondern ihre instrumentelle Anwendung. Den Angesprochenen werden zwei Möglichkeiten gelassen: entweder sie geben dem moralischen Druck nach und ziehen die Konsequenz, welche die Veranstalter sich wünschen, nämlich (friedens-) politisch aktiv zu werden; oder sie versuchen sich dem moralischen Druck zu entziehen, z.B. mittels Rationalisierungen wie die, daß man ja doch nichts daran ändern könne. Wer in der politischen Praxis ein wenig Erfahrung hat, weiß, daß moralischer Druck oder gar Schuldgefühle keine Motive für längerfristige Aktivität sind.¹

¹ Der Versuch, Menschen mittels Abschreckung politisch zu mobilisieren unternimmt auch G. Pausewang, die in zwei Romanen die Szenarien eines Atomkrieges und eines Super-GAU's ausmalt. Christoph und Mürner (1990) weisen in ihrer Analyse der Bücher darauf hin, daß vor allem die durch Krieg und Unfall behinderten, „verküppelten“ Romanfiguren abschreckend wirken sollen. Dieses Beispiel zeigt, daß das, was als „politisch korrekte“ Aufklärung gemeint ist, voll den herrschenden Denkweisen verhaftet sein kann.

Der Vorschlag von Hilgers, auf Veranstaltungen auch positive, identitätsstiftende Bilder und Erfahrungen zu bieten, bleibt letztlich auch bloß Technik. In der einst gängigen sozialistischen Öffentlichkeitsarbeit fehlte es nicht an „positiven Bildern“ und an Erfolgsberichten aller Art; trotzdem wurde der Bewegung (z.T. zu Recht) allgemein Mißtrauen entgegengebracht. Sobald es nicht mehr nur um Information, sondern um die Aufforderung zu politischer Arbeit geht, genügt es nicht, über den Gegenstand dieser Arbeit zu reden (z.B. Sozialabbau, Kriegsgefahr usw.); vielmehr ist eine Verständigung über die konkrete Tätigkeit in der Organisation bzw. über Möglichkeiten und Strategien der politischen Einflußnahme nötig. Einerseits heißt das, daß diejenigen, die eine Organisation vorstellen und vertreten, sich kritischen Fragen hinsichtlich ihrer Ziele und Methoden stellen lassen müssen. Andererseits muß den Angesprochenen deutlich werden, daß politische Arbeit ein prinzipiell unfertiges Projekt ist, welches durch das jeweils eigene Zutun vervollständigt werden könnte. Insgesamt ist wichtig, daß dieses Projekt nicht einer Ware ähnlich wird, deren Vorzüge angepriesen und deren Mängel verschwiegen werden, und die man nur anzunehmen oder abzulehnen braucht.

6.

Abschließend stellt sich die Frage, warum man so oft auf defensive Techniken und Routinen in der politischen Arbeit verfällt. Zunächst muß man feststellen, daß die Linke gerade in der BRD an den Rand gedrängt ist und daher besonders unter dem Druck steht, sich nicht korrumpieren zu lassen. Mit der erforderlichen „Standhaftigkeit“ (s.a. Osterkamp 1991) schleicht sich auch die Vorstellung ein, nur „die anderen“ müßten sich ändern bzw. verändert und aktiviert werden, damit sozialer Widerstand formiert werden kann. Um aber die politische Theorie und Praxis zu radikalieren und für andere transparent zu machen, ist es unbedingt notwendig, das jeweils eigene Handeln zu hinterfragen. Man kann nur dann langfristig und effizient tätig sein, wenn man die eigene politische Arbeit bewußt und im Einklang mit seinen persönlichen Interessen, Bedürfnissen und Fähigkeiten gestaltet. Das heißt konkret, daß man sich z.B. genau überlegen muß, wieviele und welche Veranstaltungen man besucht oder selbst mit vorbereitet, daß man sich vielleicht ein klar abgegrenztes Arbeitsgebiet innerhalb der Organisation sucht und es vermeidet, sich von anderen Dingen ablenken zu lassen usw. usf. Hier stellt sich außerdem die Frage, welche Motive für das eigene Handeln jeweils aktuell und bestimmend sind. Möglicherweise läßt man sich von mehr oder weniger „inoffiziellen“ Handlungsgründen leiten, die mit den vorgetragenen politischen Zielen unmittelbar nichts zu tun haben, etwa dann, wenn man mit der eigenen Aktivität nur sein Gewissen beruhigen oder sich die Anerkennung der anderen sichern will. Das Problem der „inoffiziellen“ Handlungsgründe müßte noch ausführlicher diskutiert

werden, als es hier möglich ist; denn ist es aufgrund der Uneindeutigkeit vieler Situationen schon schwierig genug, sich selbst Rechenschaft abzulegen, so ist es noch schwieriger, die Motive anderer offen zu hinterfragen. Nicht selten gerät der Zweifel daran, ob die vorgetragenen politischen Motive sich mit den tatsächlichen Handlungsgründen decken, schlicht zu einer Unterstellung; diese zielt oft darauf ab, dem anderen den politischen Anspruch überhaupt streitig zu machen. Mit anderen Worten: es besteht die Gefahr, im Zuge der Kritik politische Differenzen in ein psychologisches Problem umzudeuten. Der Sinn einer Kritik oder Selbstkritik kann hier nicht sein, zwischen „richtigen“ und „falschen“ bzw. zwischen „erlaubten“ und „unerlaubten“ Gründen zu unterscheiden; vielmehr sind die jeweils bestimmend gewordenen Motive daran zu messen, inwieweit sie die Realisierung der vorgetragenen (gemeinsamen) politischen Ziele behindern oder nicht. Eine wirkliche Analyse und Kritik zunächst der eigenen Handlungsgründe dient also nicht dazu, Aktivitäten zu denunzieren, sondern dazu, sich und anderen Fehleinschätzungen und Enttäuschungen zu ersparen.

Insgesamt geht es darum, die politische Arbeit - soweit möglich - gemäß den eigenen Ansprüchen und Interessen zu gestalten, also den Aspekt der zusätzlichen Belastung mehr und mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Auf diese Weise ist es vielleicht möglich, anderen den Zugang zur politischen Praxis zu erleichtern; Tricks und Techniken der „Überzeugungsarbeit“ wären dann überflüssig.

Literatur

- CHRISTOPH, Franz und Christian Mürner (1990): Der Gesundheits-Fetisch. Über Inhumanes in der Ökologiebewegung. Heidelberg
- EISINGER, Claudia (1976): „...dann liegt's halt am Menschenbild“. Ein Protokoll von Elvira Högemann-Ledwohn. In: Warum wird so einer Kommunist? München, S.213-231
- HILGERS, Micha (1990): Depressive Muster in der westdeutschen Friedens- und Ökologiebewegung. In: Gruppendynamik. Zeitschrift für angewandte Sozialpsychologie, Heft 3, Sept. 1990, S.269-277
- KRUSE, Otto (1984): Motive politischen Handelns in der Friedensbewegung. In: W. Belschner u.a., Hg., Bewußtsein und Widerstand, Frankfurt a.M., S.87-99
- LANGE, Peter (1990): Grundschule für politische Praxis. Arbeit in amnesty-Gruppen. In: Gruppendynamik, H.3, 1990, S.295-305
- OSTERKAMP, Ute (1990): Intersubjektivität und Parteinahme. Probleme subjektwissenschaftlicher Forschung. In: G. Gekeler und K. Wetzlar, Hg., Subjektivität und Politik. Bericht von der 5. Internationalen Ferienuniversität Kritische Psychologie, S.143-187. Marburg
- dies. (1991): Vergangenheitsbewältigung. Aber wie? In: FKP 27, S.78-83
- WERNER, Harald (1989): Individualität, Bewußtsein, politische Kultur. Einführung in die Sozialpsychologie revolutionärer Politik. Marburg.